

Bayerns Pflegebeauftragter Hermann Imhof zieht eine Zwischenbilanz seiner Arbeit

„Es ist nicht ‚fünf vor‘ – es ist ‚zwölf‘“

Seit rund 1,5 Jahren versieht Hermann Imhof (CSU), der Patienten- und Pflegebeauftragte der Staatsregierung, nun seinen Dienst. In der Zwischenbilanz benennt er als das wichtigste Problem die schlechte personelle Ausstattung in den Heimen, aber auch die mangelnde gesellschaftliche Wertschätzung. Mehr Gehalt allein löse kein Problem.

BSZ Herr Imhof, Sie sind ja nicht nur Patienten- und Pflegebeauftragter der Staatsregierung, sondern auch noch normaler Abgeordneter im Bayerischen Landtag – ist das parallel überhaupt zu schaffen?

IMHOF Die zusätzliche Arbeitsbelastung ist schon hoch, zehn Wochenstunden sind das absolute Minimum. Mit der Schaffung dieser Position wurden aber auch in der Bevölkerung und in der Pflegebranche große Erwartungen geweckt, denen versuche ich, gerecht zu werden. Es ist eine echte Herausforderung, die mir aber viel Freude macht. Das Amt beinhaltet ein großes Stück Unabhängigkeit, ich kann Anregungen, Impulse geben, politische Prozesse begleiten und erfahre bei den Menschen viel Vertrauen und Akzeptanz. Und mir steht ein gutes Team an der Seite.



Der 62-jährige ehemalige Nürnberger Caritasdirektor Hermann Imhof sitzt seit 2003 für die CSU im Landtag.

FOTO BSZ

BSZ Und das umfasst wie viele Mitarbeiter?

IMHOF Aktuell sind es fünf: die Leitung meiner Geschäftsstelle ist Juristin. Zudem sind dort eine weitere Juristin, eine Ärztin, eine Pflegeexpertin aus dem Gesundheitswesen und eine Verwaltungsangestellte tätig.

BSZ Bisschen wenig, wenn man sich dagegen anschaut, über welches Team der Integrationsbeauftragte, die Behindertenbeauftragte oder der Datenschutzbeauftragte verfügen – oder?

IMHOF Der Martin Neumeyer (Bayerns Integrationsbeauftragter, Anm. d. Red.) hatte bis vor Kurzem auch keinen größeren Stab. Aber dort sind die Aufgaben durch die Flüchtlingskrise rasant um ein Vielfaches gestiegen, da musste entsprechend darauf reagiert werden. Die Stellenbesetzung der anderen Ämter kenne ich nicht. Sie sind auch nur bedingt vergleichbar.

BSZ Bis 2013 war die Pflege dem Sozialministerium zugeordnet, seit der Schaffung eines eigenständigen Gesundheitsministeriums nach der Landtagswahl ist sie im Haus der neuen Ressortchefin Melanie Huml (CSU) angesiedelt – eine sinnvolle Maßnahme?

IMHOF Die zentrale Bedeutung der Themen Gesundheit und Pflege für die Bevölkerung machten ein eigenes Ressort notwendig. Meine Zusammenarbeit mit der Ministerin klappt vorzüglich.

BSZ Können Sie konkrete Zahlen nennen zu Ihrer Tätigkeit?

IMHOF Mein Büro erreichten in den vergangenen 1,5 Jahren knapp 1400 Anfragen von Bürgern, überwiegend telefonisch, aber auch per E-Mail und per Post. Der Anteil der Patientenfragen beziehungsweise von deren Angehörigen beträgt etwa 60 Prozent. Circa 40 Prozent betrafen Themen der Pflege. Dass wir 91 Prozent der Anfragenden unmittelbar weiterhelfen konnten, betrachten wir als schönen Erfolg. Darüber hinaus habe ich bisher mit rund 1000 Fachkräften Gespräche geführt, oft in Form von sogenannten Pflegestammtischen, die ich in ganz Bayern besucht habe.

BSZ Was tun Sie da?

IMHOF Bei solchen Gelegenheiten bin ich mit den Pflegekräften intensiv über ihre Sorgen und Nöte ins Gespräch gekommen. Darüberhinaus

bin ich mit zentralen Akteuren des Gesundheitswesens in Diskussion und thematisiere in den Medien die Probleme. Aufgrund der Rückmeldungen erfahre ich, dass inzwischen mehr an Bewusstsein für diese drängenden Fragen vorhanden ist.

BSZ Und welche wären das vorrangig?

IMHOF Der Satz, den ich am häufigsten gehört habe, lautet: „Wir sind viel zu wenige, um all den Aufgaben gerecht zu werden.“ Wir haben zwar aktuell 115 000 Pflegekräfte im Freistaat, aber es fehlt gravierend am Nachwuchs, auf fast allen Stationen in den Krankenhäusern, in den Pflegeheimen und in den ambulanten Bereichen. Es ist nicht mehr „fünf vor zwölf“ – nein, es ist „zwölf“. Wenn meine Enkel eines Tages auch eine kompetente, liebevolle und menschlich ansprechende Pflege erhalten wollen, dann müssen wir dringend weiter handeln. Die beiden Pflegestärkungsgesetze waren richtige und wichtige Schritte, reichen aber noch nicht aus.

BSZ Was wurmt die Pflegerinnen denn am meisten?

IMHOF Sie klagen sehr über den enormen Zeitdruck, der kaum noch Raum für die notwendige persönliche Zuwendung lässt. Dann die physischen Belastungen, die Schmerzen im Rücken und den Gelenken verursachen. Dazu kommen die vielen emotional belastenden Situationen, welche die Seele, die Psyche tangieren. Häufige Krankheitsausfälle sowie Berufsunfähigkeit ab 50 sind die Folge. Ich erlebe die Pflegekräfte – trotz hohem Idealismus und Empathie – immer wieder am Rand der Erschöpfung und Resignation.

BSZ Man hört aber häufig, dass vor allem die Dokumentationspflichten nerven. Genau da könnte doch die Politik endlich mal was tun?

IMHOF Es stimmt, dass die Dokumentation viel Arbeitszeit frisst, wir schätzen zwischen 20 und 25 Prozent. Aber es handelt sich in der Gesamtheit nur am Rande um gesetzliche Auflagen. Vieles haben auch die Träger der Einrichtungen selbst zu verantworten, die sich absichern wollen gegenüber den Angehörigen, wenn etwas passiert.

„Der Beruf muss so attraktiv sein wie Audi und BMW“

BSZ Also schön, dass wir drüber geredet haben – aber ändern wird sich nichts?

IMHOF Doch. Eine gute Botschaft: Wir werden bis zum Sommer 2016 ein neues Dokumentationssystem haben, das die Arbeit deutlich vereinfacht und reduziert. Da bin ich sehr zuversichtlich. In die Erstellung waren erstmals nicht nur die Träger eingebunden, sondern auch die Praktiker, also die Fachkräfte aus den verschiedensten Bereichen. Wir nutzen dafür ganz neue Möglichkeiten der Datenverarbeitung und der Digitalisierung.

BSZ Gut, dagegen wird also etwas getan – aber beim Fachkräftemangel?

IMHOF Das ist die schwierigere Aufgabe. Wir müssen komplett umdenken – vielleicht so, wie es vor einigen Jahren beim Beruf der Kita-Erzieherin und bei der Betreuung der Kinder unter drei Jahren geschehen ist. Für die Bildung geben wir, was richtig ist, inzwischen ein Drittel des bayerischen Staatshaushalts aus. Aber auch der Pflegeberuf muss eine ganz andere gesellschaftliche Wertschätzung erfahren. Pflegekraft muss für junge Menschen als Ausbildungsberuf genauso attraktiv werden wie



Noch ist Altenpfleger vor allem ein Frauenberuf: Mäßig bezahlt, wenig anerkannt und mit schlechten Aufstiegschancen.

FOTO DPA

beispielsweise Mechatroniker bei Audi oder BMW – auch und besonders für junge Männer.

BSZ Na, viel Erfolg beim Versuch, mit der Auto-Industrie zu konkurrieren! Was verdient gleich noch mal eine ausgelernte Altenpflegerin?

IMHOF Ja, Sie haben Recht, die Gehälter liegen deutlich niedriger. Immerhin haben wir erreicht, dass es künftig in der Ausbildung etwa 1000 Euro brutto im Monat gibt. Im dritten Jahr nach dem Abschluss der Ausbildung kommt eine Fachkraft dann auf 2500 bis 2700 Euro brutto. Das ist nicht so schlecht, aber es bestehen danach eben kaum noch Steigerungsmöglichkeiten. Maximal sind etwa 3200 Euro brutto zu erreichen. Hier müssen wir etwas unter-

nehmen, beispielsweise durch neue Qualifikations- und Weiterbildungsangebote, die dann auch Karrierechancen eröffnen.

BSZ Das wird sehr viel Geld kosten und in Zukunft noch mehr, denn der Anteil der Älteren in der Gesellschaft steigt unaufhörlich.

IMHOF Richtig, und wir werden eine aufrichtige gesellschaftliche Debatte führen müssen, was uns gute, liebevolle und humane Pflege wert ist – und auf welche andere Dinge, beispielsweise auf den zweiten Urlaub, zu verzichten. Meines Erachtens werden die Beiträge der Versicherten zur Krankenkasse und Pflegekasse ab 2017 weiter ansteigen – das wird unvermeidlich sein, wenn

wir Leistungsverbesserungen wie für Demenzzranke, mehr und besser bezahltes Pflegepersonal finanzieren müssen. Auch über die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung gilt es nachzudenken.

BSZ Gut, damit wären die künftigen Fachkräfte anständig bezahlt – aber woher diese nehmen, wenn der Markt leer ist. Könnten die Flüchtlinge eine Lösung sein?

„Die Flüchtlinge lösen nicht den Fachkräftemangel“

IMHOF Sie werden nicht grundsätzlich unser Fachkräfteproblem lösen – weder in der Pflege noch im Handwerk noch sonst wo. Aber es gibt bei den Flüchtlingen, gerade unter den Syrern, viele Menschen, die in Berufen der Gesundheitsbranche tätig waren. Die können durchaus entlastend wirken. Sie besitzen nicht nur die notwendigen Kenntnisse. Sondern sie haben unter den häufig strapaziösen Bedingungen ihrer Flucht, wo die Jungen und Kräftigen die Alten und Kranken stützen und versorgen mussten, Mitmenschlichkeit, Verantwortung und Fürsorge bewiesen – genau die Eigenschaf-

ten, die eine gute Pflegekraft braucht.

BSZ Man kommt aktuell nicht umhin, jemanden, der mit Pflege zu tun hat, auf die vom Bundestag beschlossene Gesetzesänderung bei der Sterbehilfe anzusprechen – was denken Sie persönlich dazu?

IMHOF Ich sehe das Dilemma für viele Betroffene, die nicht mehr leben wollen. Aber ich bin Christ und ich habe dazu eine klare Meinung. Schon als Caritasdirektor in Nürnberg hatte ich regelmäßig in Palliativstationen und Sterbehospizen zu tun und ich weiß, was dort an Positivem geleistet wird für die Menschen – was viele Betroffene vorweggar nicht wissen. Wir müssen die palliative Arbeit auch in Bayern konsequent und bedarfsgerecht ausbauen. Wichtige Schritte wurden in der kürzlichen Gesetzgebung durch den Gesetzgeber getan. Ich möchte, dass Menschen an der Hand kompetenter und einfühlsamer Kräfte, möglichst schmerzfrei in den letzten Lebenswochen begleitet werden.

Interview: ANDRÉ PAUL

VERANTWORTLICH für beide Seiten: Bayerischer Bezirkstag, Redaktion: Ulrich Lechleitner